

---

02/2015

**Amtliches Mitteilungsblatt  
der BTU Cottbus–Senftenberg**

13.07.2015

---

**I n h a l t**

Satzung über das Ordnungsverfahren vom 13. Juli 2015

Seite  
2

## **Satzung über das Ordnungsverfahren**

**vom 13. Juli 2015**

Auf der Grundlage von § 15 Abs. 4 Gesetz zur Neuregelung des Hochschulrechts des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Hochschulgesetz – BbgHG) vom 28.04.14 (GVBl. I vom 29.04.14, Nr. 18) , unter Berücksichtigung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes vom 14.08.06 (BGBl. I S. 1897), zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes vom 03.04.13 (BGBl. I S. 610), i. V. m. § 13 Abs. 3 Gesetz zur Neustrukturierung der Hochschulregion Lausitz vom 11.02.13 (GVBl. I vom 12.02.13 Nr. 4) i. V. m. § 9 Nr. 2 Vorläufige Grundordnung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus–Senftenberg (Universitätsgrundordnung – GO BTU C-S) vom 16.07.13 (Amtsblatt Nr. 33 vom 07.08.13) erließ der Gründungssenat am 26.02.2015 die Satzung über das Ordnungsverfahren an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus–Senftenberg (BTU):

### **§ 1 Anwendungsbereich/ Verfahrensvorschriften**

(1) Die Satzung findet Anwendung auf die Studierenden der BTU.

(2) Auf das Ordnungsverfahren finden die Vorschriften des Verfahrensverwaltungsgesetzes des Landes Brandenburg Anwendung, sofern diese Ordnung keine besonderen Vorschriften enthält.

### **§ 2 Bildung des Ordnungsausschusses, Wahlen und Abstimmungen**

(1) <sup>1</sup>Zur Durchführung von Ordnungsverfahren und der Verhängung von Ordnungsmaßnahmen gem. § 15 Abs. 2 und 3 BbgHG wird ein Ordnungsausschuss gebildet. <sup>2</sup>Der Ordnungsausschuss setzt sich entsprechend der allgemeinen Grundsätze der Mitwirkung gem. § 61 Abs. 1 BbgHG zusammen.

(2) <sup>1</sup>Die Mitglieder des Ordnungsausschusses werden durch die Präsidentin oder den Präsidenten aus dem Kreis der Mitglieder der BTU jeweils für die Dauer von einem Jahr bestellt. <sup>2</sup>Erneute Bestellungen sind zulässig.

(3) <sup>1</sup>Die oder der Vorsitzende des Ordnungsausschusses und die Stellvertreterin oder der Stellvertreter werden von den Mitgliedern des Ordnungsausschusses gewählt. <sup>2</sup>Gewählt ist, wer jeweils die höchste Zahl der abgegebenen Stimmen erhält. <sup>3</sup>Bei Stimmengleichheit ist eine Stichwahl durchzuführen.

(4) <sup>1</sup>Die Mitglieder des Ordnungsausschusses haben gleiches Stimmrecht. <sup>2</sup>Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden.

### **§ 3 Einleitung eines Ordnungsverfahrens**

(1) Antragsberechtigt für die Einleitung eines Ordnungsverfahrens sind die zentralen Hochschulorgane gem. § 64 BbgHG.

(2) <sup>1</sup>Der schriftlich begründete Antrag auf Einleitung eines Ordnungsverfahrens ist an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Ordnungsausschusses zu richten und von der oder dem Antragsberechtigten innerhalb von drei Wochen zu stellen, nachdem sie oder er von dem Ordnungsverstoß Kenntnis erhalten hat. <sup>2</sup>Der Antrag kann nicht später als sechs Monate nach dem Ordnungsverstoß gestellt werden.

(3) <sup>1</sup>Zuständig für die Einleitung des Ordnungsverfahrens ist die oder der Vorsitzende des Ordnungsausschusses. <sup>2</sup>Sie oder er hat den Sachverhalt nach pflichtgemäßem Ermessen zu erforschen. <sup>3</sup>Kommt sie oder er zu dem Ergebnis, dass die Verhängung einer Ordnungsmaßnahme in Betracht kommt, beraumt sie oder er unverzüglich eine Sitzung des Ordnungsausschusses an und lädt die Mitglieder mit einer Frist von fünf Werktagen ein.

### **§ 4 Verfahren vor dem Ordnungsausschuss**

(1) Die Antragstellerin oder der Antragsteller und alle Personen, die von dem Ordnungsverstoß berührt sind, sind den Mitgliedern des Ordnungsausschusses zur wahrheitsgemäßen Auskunft verpflichtet.

(2) <sup>1</sup>Vor Erlass einer Ordnungsmaßnahme ist der oder dem Betroffenen unter Mitteilung der gegen sie oder ihn erhobenen Beschuldigung und der dieser zugrunde liegenden Tatsachen Gelegenheit zur Äußerung zu geben. <sup>2</sup>Die oder der Betroffene kann sich in jeder Lage des Verfahrens eines Rechtsbeistandes bedienen. <sup>3</sup>Ferner ist ihr oder ihm zu gestatten, die Ver-

fahrensakten und die beigezogenen Schriftstücke einzusehen, soweit dies ohne Gefährdung des Verfahrens möglich ist.

(3) <sup>1</sup>Der Ordnungsausschuss ist berechtigt, eine mündliche Verhandlung anzuberaumen. <sup>2</sup>Zu der mündlichen Verhandlung sind die oder der Betroffene nach Abs. 2, die Antragstellerin oder der Antragsteller und gegebenenfalls der Rechtsbeistand nach Abs. 2 Satz 2 sowie Personen, die im Einleitungsverfahren nach § 3 eine Auskunft gegeben haben, einzuladen.

## **§ 5 Entscheidungen in Ordnungsverfahren**

(1) <sup>1</sup>Über Entscheidungen in Ordnungsverfahren wird der oder dem Betroffenen durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Ordnungsausschusses ein Bescheid erteilt, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und der oder dem Betroffenen zuzustellen ist.

<sup>2</sup>Die Verhängung einer Ordnungsmaßnahme ist schriftlich zu begründen. <sup>3</sup>Bei der Entscheidung über die Exmatrikulation ist im Bescheid eine Frist bis zur Dauer von zwei Jahren festzusetzen, innerhalb derer eine erneute Immatrikulation der oder des Betroffenen an der BTU ausgeschlossen ist.

(2) Endet die Mitgliedschaft der oder des Betroffenen zur BTU vor der Entscheidung im Ordnungsverfahren, ist das Ordnungsverfahren fortzusetzen, wenn eine Exmatrikulation als Ordnungsmaßnahme zu erwarten ist.

## **§ 6 Inkrafttreten**

Die Satzung tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtlichen Mitteilungsblatt der BTU in Kraft.

Ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Gründungssenats vom 26. Februar 2015, der Genehmigung durch den Präsidenten der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg vom 13. März 2015 und der Anzeige an das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg mit Schreiben vom 13. März 2015.

Cottbus, den 13. Juli 2015

Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c. (NUWM, UA) DSc. h.c.  
Jörg Steinbach  
Hon.-Prof. (ECUST, CN)  
Präsident